Peter Birke, Janika Kuge [1]

Zwischen Migrationsabwehr und Arbeitskräftemangel. Anmerkungen zur aktuellen Debatte

Mitte 2023 wurden an der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenze allgemeine Kontrollen eingeführt. Am 16. September 2024 wurden diese auf alle deutschen Außengrenzen ausgeweitet. Parallel zu den Grenzschließungen hat die Ampelkoalition ein umfassendes Repressions- und Abschiebeprogramm durchgesetzt: Dabei spricht es Bände, dass das „Sicherheitspaket", das Ende Oktober verabschiedet wurde,[2] der CDU noch zu „lasch" war – trotz seiner zahlreichen gegen Kinder- und Menschenrechte verstoßenden Aspekte: von den Kürzungen von Leistungen unter das Existenzminimum über Altersfeststellungen bei Sechsjährigen bis zu den brutalen Verschärfungen in Bezug auf die Zulassung von Abschiebehaft. Seitdem werden diese Maßnahmen, die vor allem als Reaktion auf den tödlichen Anschlag von Solingen am 23. August 2024 präsentiert wurden, in der Öffentlichkeit diskutiert. Zwar gibt es durchaus kritische Stimmen.[3]

[1] Dieser Text ist auf Grundlage der Frage „Sollte man mit der ‚Nützlichkeit' von Migrant:innen argumentieren, um die aktuelle Welle des Rassismus abzuwehren?" entstanden, die uns in unterschiedlichen Zusammenhängen in den letzten Monaten verstärkt begegnet ist. Die Beantwortung der Frage hängt stark damit zusammen, wie man die Entwicklung eines an Verwertung orientierten Migrationssystems beurteilt, eine Diskussion, die in Sozial.Geschichte Online seit 2015 immer wieder mit ganz verschiedenen Antworten geführt wurde. Der Text hat sich – im Versuch, der Komplexität möglicher Antworten gerecht zu werden – nach einer Debatte in einem Forschungsnetzwerk zu Arbeit und Migration sowie nach der kritischen Würdigung durch die Redaktion der vorliegenden Zeitschrift – stark verändert. Viel zu diesen Veränderungen beigetragen haben neben Maren Kirchhoff auch Anita Heindlmaier und Christan Sperneac-Wolfer, wofür wir hiermit vielmals danken.

[2] Bundesregierung, Mehr Sicherheit für Deutschland, 31.10.2024, [https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/sicherheitspaket-der-bundesregierung-2304924].

[3] Eine gute Zusammenfassung kritischer Argumente findet sich hier: Medico International, Migration: „Wir überschreiten einen Kipppunkt", Valeria Hänsel im Gespräch mit Maximilian Pichl, 13.9.2024, [https://www.medico.de/blog/wir-ueberschreiten-einen-kipppunkt-19665].

Diese klingen allerdings aktuell sehr leise. So besteht zweifellos die Gefahr, dass der Rechtsruck des Parteienspektrums mit Ausnahme der Linken sowie der Aufschwung eines gesellschaftlich weit verbreiteten Rassismus die Reste dessen killt, was vom humanitären Impuls des Grundrechts auf Asyl geblieben ist.

Antirassistische Positionen brauchen deshalb dringend Bündnispartner:innen. Aber welche Kräfte und Interessen können Rassismus und Rechtswende etwas entgegensetzen? Kann zum Beispiel ein Hinweis auf die „Nützlichkeit" der Migration helfen? In diesem Text schlagen wir vor zu unterscheiden, wann der Hinweis auf „unsere" Abhängigkeit von Migrant:innen eindimensional und utilitaristisch ist und somit gegenüber gesellschaftlichen Rassismen eher konstitutiv als kritisch. Und in welchen Kontexten das Argument wichtig sein kann, um humanitäre Grundsätze zu verteidigen. Ein besonderer Blick muss dabei auf die sich aktuell nach unserem Eindruck schnell wandelnden Positionen der Wirtschaftsverbände geworfen werden.

Die Krise des Schengen-Systems

Die neuen Grenzkontrollen haben eine längere Vorgeschichte: Im Sommer der Migration 2015 überwanden hunderttausende Menschen die EU-Außengrenzen und haben so den faktischen Zusammenbruch des Dublin-Systems – der Verteilung Geflüchteter auf die Mitgliedsländer – und eine Krise des Schengen-Systems – der Abschottung nach außen bei offenen Binnengrenzen – herbeigeführt. Es besteht kein Anlass, die Selbstständigkeit und den eigenen Sinn dieser Bewegung rückblickend zu romantisieren. Sie ist vielmehr umfassender zu verstehen, als „relative Autonomie" und als Ausdruck sozialer Konflikte.[4] Es entstanden Spielräume für eine Demilitarisierung der europäischen Außengrenzen, aber diese wurden auch wieder verschlos-

[4] Zum Konzept der Autonomie der Migration siehe zuerst: Manuela Bojadžijev / Serhat Karakayali / Vassilis Tsianos, Papers and Roses. Die Autonomie der Migration und der Kampf um Rechte, in: Kanak Attak, 2001, [http://www.kanak-attak.de/ka/text/papers.html].

sen. So war die Zeit um 2015 nicht nur von der sogenannten Willkommenskultur geprägt, sondern die damalige Große Koalition beschloss – ebenso wie Regierungen in anderen EU-Ländern – erstmals wieder Grenzkontrollen auch im EU-Binnenraum durchzuführen. Diese fokussierten, ob in Österreich, Deutschland oder Dänemark, meist selektiv auf die Einreise aus dem Süden, während zugleich auch an den Außengrenzen der EU eine militärische Aufrüstung gegen Migrant:innen stattfand, wie etwa auf der sogenannten Balkanroute.

Damals warnte etwa die Bertelsmann-Stiftung, als bewährter Think-Tank, der zuvörderst in der Logik kapitalistischer Verwertung zu argumentieren pflegt, in einer Untersuchung in ganz drastischer Weise vor den ökonomischen Folgen von Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums.[5] Denn es werde hierdurch nicht nur die Just-in-Time-Lieferung von industriellen Zwischenprodukten, Rohstoffen und Lebensmitteln beeinträchtigt, sondern auch die Zufuhr von Arbeitskräften. Prognostiziert wurden „Schäden", das heißt erhöhte Kosten für privatwirtschaftliche Betriebe, die sich in einigen Jahren auf eine dreistellige Milliardenhöhe aufsummierten, wobei zuerst der Logistiksektor betroffen sei, dann die Nahrungsmittelindustrie, aber auch Exportindustrien wie die Automobilbranche, die von Lieferungen aus ihrer osteuropäischen Peripherie abhängig sind. Ebenso wurden ein sinkendes Bruttoinlandsprodukt und sinkende Importe vorhergesagt.

Die kritische Würdigung der Verstöße gegen die Freizügigkeit von Waren und Kapital war damals gut nachvollziehbar, und die Position der Bertelsmann-Stiftung spiegelte durchaus eine verbreitet artikulierte Skepsis aus Unternehmerverbänden gegenüber einer Auflösung des gemeinsamen Marktes wider. Ganz dieser Position entsprechend profilierten sich etliche Großunternehmen mit „Welcome"-Initiativen gegenüber Geflüchteten, und Daimler-Chef Zetschke sprach sogar davon, dass die Fluchtbewegung 2014/15 Grundlage für ein „neues

[5] Bertelsmann Stiftung (Hg.), Abkehr vom Schengen-Abkommen. Gesamtwirtschaftliche Wirkungen auf Deutschland und die Länder der Europäischen Union, Gütersloh 2016, [https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/abkehr-vom-schengen-abkommen].

Wirtschaftswunder“ sein könne.[6] Und der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) warnte vor genau dem, was jetzt geschieht, Zitat: „Grenzkontrollen. Arbeitgeber warnen vor einem bösen Ende.“[7]

Auf dieser Grundlage war damals durchaus naheliegend zu glauben, dass man mit dem Hinweis auf die „Nützlichkeit“ von Migration rassistische Impulse ausbremsen konnte. Dies schien sich zu bestätigen, als sich die Prognosen über negative ökonomische Auswirkungen von Grenzschließungen 2020 unter dem Eindruck der Corona-Maßnahmen wiederholten. Auch zu dieser Zeit war die Kritik noch mehr als deutlich. In einer Kurzstudie des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) hieß es beispielsweise 2021:

> Die Corona-Pandemie hatte im Frühjahr 2020 zu nationalen Egoismen unter den EU-Mitgliedsstaaten geführt. Aus Angst vor der Ausbreitung von Virusmutationen führte Deutschland […] einseitig Binnengrenzkontrollen zu Österreich und Tschechien ein. Ein Vorgehen, welches weit über die deutschen Grenzen hinaus (negative) Folgen für den Güterverkehr hat, da Deutschland das logistische Herz Europas darstellt.[8]

Die BDA schloss sich dieser Warnung an. In einer Presseerklärung vom 16. Februar 2021 protestierte man vehement gegen die Einschränkung der Unternehmensfreiheit durch „Diskriminierungen“ an den deutschen Außengrenzen und forderte „Maßnahmen mit möglichst geringen wirtschaftlichen Auswirkungen“.[9] Ein wichtiger Aspekt blieb dabei neben der Forderung nach logistischer Mobilität die nach

---

[6] Frankfurter Allgemeine Zeitung, Daimler-Chef Zetschke. Flüchtlinge könnten ein neues Wirtschaftswunder bringen, 15.9.2015, [https://www.faz.net/aktuell/technik-motor/iaa/daimler-chef-zetsche-fluechtlinge-koennten-neues-wirtschaftswunder-ausloesen-13803671.html].

[7] Neue Osnabrücker Zeitung, Flüchtlingskrise in Europa. Grenzkontrollen: Arbeitgeber warnen vor „bösem Ende“, 23.1.2016, [https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/fluechtlingskrise-in-europa-grenzkontrollen-arbeitgeber-warnen-vor-boesem-ende-23419079].

[8] Thomas Obst / Thomas Puls, Corona in der EU: Wiederholen sich die Fehler aus dem Frühjahr 2020?, IW-Kurzbericht 13/2021, [https://www.iwkoeln.de/studien/thomas-obst-thomas-puls-wiederholen-sich-die-fehler-aus-dem-fruehjahr-2020-500307.html], S. 1.

[9] BDA, Presseerklärung, 16.2.2021, [https://arbeitgeber.de/offene-grenzen-im-schengenraum-duerfen-nicht-einseitig-aufgehoben-werden/].

der Beweglichkeit von Arbeitskräften. Diese Forderung muss auch im Lichte dessen gesehen werden, dass die Grenzschließungen während der Pandemie die EU-Arbeitnehmer:innenfreizügigkeit behinderten. Die meisten migrantischen Beschäftigten kamen damals und kommen bis heute aus EU-Staaten und nicht aus Drittstaaten (bzw. sind aus geopolitischen Gründen vorläufig de facto mit EU-Migrant:innen gleichgestellt). In Reaktion auf die Proteste von Unternehmen, die immer mehr mit Arbeitskräfteknappheit zu kämpfen hatten, ließ die Bundesregierung im Frühjahr 2020 Kontingente von rumänischen und bulgarischen Arbeiter:innen für die Ernte und andere sogenannte systemwichtige Tätigkeiten zu. Im Anschluss kam es zu Konflikten um deren Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelindustrie, die zunächst in den Medien der Herkunftsländer sichtbar wurden.[10]

Man könnte vor dem Hintergrund dieser Erfahrung mithin argumentieren, dass Grenzschließungen Arbeitskräfteknappheit hervorbringen, die wiederum Konflikte um die Arbeitsbedingungen verschärft. Beides kann nicht im Interesse derjenigen Fraktionen des Kapitals sein, die entweder fast ausschließlich migrantische Arbeitskräfte vernutzen und / oder auf die Lieferung von Zwischenproduktionen „in time" angewiesen sind. Die Forderung nach der Aufrechterhaltung der Arbeitnehmer:innenfreizügigkeit ist insofern nur konsequent. Aber muss das Kapital deshalb grundsätzlich gegen Grenzschließungen sein?

Mit dem Kapital für Reisefreiheit?

In der aktuellen Argumentation wichtiger Repräsentanten der deutschen Wirtschaft lässt sich, so zumindest unsere These, eine Trendwende hin zur Migrationsabwehr feststellen. So stand *vor Solingen* und der aktuellen Welle von Verschärfungen noch 2023 der Arbeitskräftemangel im Vordergrund der Statements. Ein Beispiel sind Äu-

[10] Peter Birke, Grenzen aus Glas. Arbeit, Rassismus und Kämpfe der Migration in Deutschland, Wien / Berlin 2022, 269 f.

ßerungen des Präsidenten des deutschen Handwerks, ein Herr Wollseifer, der vor gut einem Jahr, Anfang Oktober 2023, einmal mehr eine „Willkommenskultur“ für Menschen aus Drittstaaten einforderte und sich sogar zu der ganz links und wahr klingenden Kritik hinreißen ließ, dass die Ausländerbehörden in Wahrheit „Ausländerabwehrbehörden“ seien.[11]

Etwa in derselben Zeit bemühte sich die Ampel sehr, diesen Forderungen und Kritiken gerecht zu werden. So begab sich der Arbeitsminister, teils in Begleitung der Außenministerin, nach Brasilien, Vietnam und in andere Länder, um dort eindringlich für eine Arbeitsmigration nach Deutschland zu werben (wobei sich auch herauskristallisierte, dass Deutschland als Einwanderungsland aus unterschiedlichen Gründen auch jenseits der EU-Grenzen keinen besonders guten Ruf hat). Parallel dazu wurde das sogenannte Fachkräfteeinwanderungsgesetz verabschiedet, das Erleichterungen in Bezug auf eine Arbeitsaufnahme von Menschen aus Drittstaaten in Aussicht stellt. Im ersten Halbjahr 2024 wurden auf dieser Grundlage rund 80.000 „Arbeitsvisa“ ausgestellt, im Vergleich zu 157.000 im Jahr 2023, jeweils die Hälfte davon an sogenannte Fachkräfte.[12] Eine insgesamt unzureichende Zahl, denn auch in Bezug auf diese Zahlen forderten Wirtschaftsverbände weiterhin eine „bessere Willkommenskultur“ angesichts des Arbeitskräftemangels.

In der Argumentation der Vertreter der Wirtschaftsverbände *nach Solingen* hat sich die Haltung zu Grenzkontrollen und Abschiebungen abrupt verändert. Am 16. September 2024 sagte beispielsweise der Außenwirtschaftschef der Deutschen Industrie- und Handelskammer, Volker Treier, der Deutschen Presseagentur: „Bei dem Ziel,

[11] Süddeutsche Zeitung, Migration: Handwerker fordern Willkommenskultur, 3.10.2023, [https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/migration-handwerker-fordern-willkommenskultur-1.5667789].

[12] Tagesschau, Im ersten Halbjahr 2024: Deutschland stellt mehr als 80.000 Arbeitsvisa aus, 28.7.2024, [https://www.tagesschau.de/wirtschaft/fachkraefte-visa-100.html]. Dabei ging es in der Debatte vor allem um das Problem des sich andeutenden katastrophalen Mangels an Pflegekräften. Siehe Tagesschau, Wie Deutschland um Fachkräfte buhlt, 8.6.2023, [https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/fachkraeftezuwanderung-102.html].

irreguläre Migration einzudämmen, sollte die Politik im Blick behalten, dass notwendige Lieferungen sowie der grenzüberschreitende Handel reibungslos funktionieren."[13] Ganz ähnlich tönt eine Stellungnahme, die der BDA zu den zahlreichen Verschärfungen des sogenannten Sicherheitspakets abgegeben hat: Keinerlei Willkommenskultur mehr in dieser Phase, sondern: „Irreguläre Migration muss wirksam verhindert werden. Sie schadet der notwendigen Erwerbsmigration."[14] Hieraus spricht die fantasievolle Vorstellung, dass sich an der Grenze Geflüchtete in Arbeitskräfte zu verwandeln haben, während man doch gleichzeitig auch immer wieder betont, dass Menschen ohne humanitären Aufenthaltsgrund abgewiesen werden sollten.

Oder, anders gesagt: Es sind paradoxe, realitätsfremde und zugleich doch diskursmächtige Ideen. In ihnen zeigt sich eine erneute Anpassung des Rassismus, der aus unserer Sicht mehr denn je auf der Grundlage der Forderung nach verwertbarer Arbeitskraft konfiguriert wird. Mit den dort anschließenden Forderungen nach mehr Effektivität bei Abschiebungen positioniert sich die BDA eher auf Seiten der CDU (und, in diesem Falle, auch der AfD), also auf Seiten derer, denen die

[13] Zit. nach: Wissenschaftlicher Dienst des Deutscher Bundestags, Synopse „ökonomische Auswirkungen von Binnengrenzkontrollen im Schengen-Raum". Aktuelle Quellen, WD 5 – 3000 – 144/24, Berlin 2024, S. 7.

[14] BDA, Migrationsverwaltung ertüchtigen, Digitalisierung vorantreiben, Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Rückführung, 13.10.2024, [https://arbeitgeber.de/ wp-content/uploads/2023/11/bda-arbeitgeber-stellungnahme-entwurf_eines_gesetzes_zur_verbesserung_der_rueckfuehrung.pdf]. Im Wortlaut: „Irreguläre Migration, also Zuwanderung von Personen, die aus rein wirtschaftlichen Gründen und keinen Schutzbedürfen nach Deutschland kommen und dafür das Asylsystem nutzen, muss wirksam verhindert werden. Sie schadet der notwendigen Erwerbsmigration, mindert ihre Akzeptanz in der Bevölkerung und bindet Ressourcen in der Verwaltung, die für Personen mit Schutzbedarf benötigt werden." Diese Stellungnahme steht im Übrigen im Gegensatz zu einer fast gleichzeitigen, erfreulich klar grundrechtsorientierten Positionierung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zur Anpassung des nationalen Rechts an die GEAS: DGB, Stellungnahme zum Referentenentwurf des BMI zum Gesetz zur Anpassung des nationalen Rechts an die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), 21.10.2024, [https://www.bmi.bund.de/ SharedDocs/ gesetzgebungsverfahren/DE/Downloads/stellungnahmen/MI4/GEAS-Anpassungsgesetz/CDR_Stellungnahme_Deutscher_Gewerkschaftsverbund.pdf ?__blob=publicationFile&v=3]. Leider erwies sich der Protest der Gewerkschafter:innen gegen den Abbau rechtsstaatlicher Grundsätze in diesem Gesetzesentwurf als weitgehend folgenlos.

aktuellen Verschärfungen als begrüßenswert, aber unzureichend erscheinen („Ertüchtigung der Behörden“, „wirksame Verfahren“).

Was die im September 2024 eingeführten Kontrollen an allen deutschen Außengrenzen betrifft, so reduzieren sich die Stellungnahmen des Arbeitgeberlagers nunmehr auf die Forderung danach, dass „Handel und Lieferketten“ nicht beeinträchtigt werden dürfen, wie der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), der Zeitschrift *Wirtschaftswoche* erklärte.[15] Warnungen vor einem Kollaps des Kapitalismus, wenn Grenzkontrollen etabliert werden, findet man nicht mehr. Wenn überhaupt, dann werden Kontrollen von Grenzpendler:innen kritisiert. Heute ist in Bezug auf die Positionen von Unternehmerverbänden der Widerspruch zwischen Arbeitskräftemangel und Grenzkontrolle urplötzlich eine Nebensache geworden. Das ist auf den ersten Blick erstaunlich, denn die Prognose, dass Kontrollen an EU-Innengrenzen Pech und Schwefel für die Akkumulation von Kapital seien, gibt es weiterhin, und sie ist inhaltlich kaum von den Befürchtungen der Bertelsmann-Stiftung aus dem Sommer der Migration zu unterscheiden.[16] Wie lässt sich die neue Position von Wirtschaftsverbänden erklären und was bedeutet das für antirassistische Politik?

Grenzkontrollen, Abschiebungen, Arbeitskräftemangel

Die Erkenntnis, „unsere“ Wirtschaft sei von migrantischer Arbeitskraft abhängig, lässt es logisch erscheinen, auf den Zusammenhang zwischen deren Bereitschaft, in die Bundesrepublik zu kommen, und besseren Arbeitsbedingungen zu verweisen. Natürlich findet man *diese* Forderung in Stellungnahmen von Wirtschaftsverbänden, Management- und Wirtschaftszeitschriften nirgends. Was sich vor allem ge-

[15] Wissenschaftlicher Dienst des Deutscher Bundestags (wie Anm. 13), S. 7.

[16] Allianz-Trade, Allianz-Trade-Analyse: Deutsche Grenzkontrollen verteuern Waren und verursachen wirtschaftliche Einbußen, 20.9.2024, [https://www.allianz-trade.de/content/dam/onemarketing/aztrade/allianz-trade_de/presse/2024-09-20-pm-deutsche-grenzkontrollen-verteuern-waren-und-verursachen-wirtschaftliche-einbussen.pdf].

ändert hat, ist vielmehr, dass die Forderung nach der Lieferung geeignet zugerichteter Arbeitskraft nicht mehr in erster Linie mit der Forderung nach „offenen Grenzen“ (innerhalb der EU) und „Willkommenskultur“ verknüpft wird, sondern mit der Forderung an der Grenze „noch besser zu sortieren“. Ja, in der Argumentation eines Teils der gewichtigen Verbände der Arbeitgeber wird sogar die Abwehr „illegaler“ Migrant:innen an der Grenze zur Voraussetzung einer Rekrutierung „legaler“ Migrant:innen erklärt. Dabei ist die Hegemonie dieser oder jener Haltung historisch und politisch zu verorten. Es ist alles andere als unhintergehbare Kapitallogik, sondern gerade der flexible Einsatz gegenüber Maßnahmen und Initiativen staatlicher und parastaatlicher Politik.

Aber gerade deshalb reicht es eben auch nicht aus, als Erklärungsversuch für den skizzierten Sinneswandel lediglich auf die Fragmentierung von ökonomischen Interessen zu verweisen oder auf die Konkurrenz unterschiedlicher Kapitalien um Arbeitskräfte und Ressourcen. Es macht vielmehr einen wichtigen Unterschied, ob sich in der Artikulation von Wirtschaftsverbänden und Think-Tanks, die Kapitalstrategien politisch ausformen, etwas verschiebt. Von einer solchen Verschiebung ist hier die Rede, nicht im Sinne von Strippenziehen, sondern im Sinne eines offensichtlich unter dem Eindruck der jüngsten migrationsfeindlichen Debatte veränderten politischen Einsatzes gegenüber Grenzkontrollen.

Es ist dabei sicher richtig, diese Diskurswendung auch als Ausdruck eines „Grenzspektakels“ zu sehen,[17] das sich verselbstständigt. Illustriert werden kann dies in der vehementen Beschwerde des ehemaligen CDU-Kanzlerkandidaten Laschet.[18] Dieser echauffierte sich

[17] De Genova, Nicholas: Spectacles of migrant ‚illegality‘: The scene of exclusion, the obscene of inclusion, in: Ethnic and Racial Studies, 36 (2013), S. 1180–1198.

[18] Der Spiegel, Auf dem Weg nach Straßburg: Armin Laschet gerät in Grenzkontrolle und spricht von „Symbolpolitik“, 17.10.2024, [https://www.spiegel.de/politik/deutschland/grenzkontrollen-armin-laschet-wird-kontrolliert-und-spricht-von-symbolpolitik-a-636e1f16-4076-4411-8e46-9f79d7690962]. Es ist in der Diskussion dabei umstritten, ob die Grenzkontrollen mehr als nur Symbolpolitik sind, vgl. zum Beispiel: Der Spiegel, Maßnahme gegen irreguläre Migration: Neue Grenzkontrollen sind laut Polizeigewerkschaft kaum wirksam, 25.9.2024,

in den Medien darüber, dass er nach einer Auslandsreise seinen Pass vorzeigen musste. Kritisiert wird hier – ausgerechnet von einer Seite, die in der Vergangenheit durch die eine oder andere rassistische Stellungnahme aufgefallen ist – der „symbolpolitische" Charakter der Grenzkontrollen. Aber auch dazu muss gesagt werden, dass diese Positionierung keineswegs der Forderung nach „Effizienz" widerspricht, wie sie für den Mainstream der öffentlichen Medialisierung sowie für die Positionen der Arbeitgeber charakteristisch ist.

Wie aber kommt es zu jenen Beschwörungen der Vorstellung, man könne an der Grenze eine Art Maschinerie errichten, durch die hindurch Migrant:innen „effektiv" in Arbeitskräfte verwandelt werden? Die Rechtswende in der öffentlichen Migrationsdebatte ist nicht die einzige Ursache, sie verstärkt diesbezüglich vielmehr vorhandene Ideen und Tendenzen. Die Vorstellung ist nämlich auch deshalb plausibel, weil seit einigen Jahren *tatsächlich* eine Art Sortier-Apparat an einigen EU-Binnengrenzen neu aufgebaut wird. So wurde schon 2021 durch die EU angeregt, in jedem Falle bei innereuropäischen Kontrollen eine „green lane" (eine „grüne Fahrspur") für Just-in-Time-Lieferungen einzurichten sowie die maximale Dauer der Kontrolle auf wenige Minuten pro Fahrzeug zu reduzieren.[19] Seit 2023 gibt es zudem Erfahrungen damit, dass die praktische Umsetzung von Binnengrenzkontrollen mit jener Form des „Profiling" verbunden ist. In Bezug auf die polnische und die tschechische Grenze liest sich die Bilanz aus deutscher Sicht so, dass der LKW-Verkehr einigermaßen glimpflich fließt (wobei jenseits der Grenze die polnischen Behörden sich stärker beschweren als die tschechischen). Er hat einen eigenen Fahrstreifen bekommen, in dem die oben genannten Regeln umzusetzen versucht werden. Ein weiterer Fahrstreifen, auf dem der Verkehr mehr oder weniger ungehindert fließen darf, ist jener für Tourist:innen und individuelle Grenzpendler:innen. Schwieriger wird es

[https://www.spiegel.de/politik/migration-neue-grenzkontrollen-in-deutschland-sind-laut-polizeigewerkschaft-kaum-wirksam-a-5446954d-5b3a-4c3b-84bb-93e1da5d785c].

[19] Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestags (wie Anm. 13), S. 7.

dagegen vor allem für Kleinbusse, die Arbeiter:innen in die Fabriken und Dienstleistungsunternehmungen schaffen. Dabei wird eine Art PKW-Profiling betrieben, um diese Arbeiter:innen-Transporte zu identifizieren. In der Folge heißt es „Alle aussteigen!“ und es bilden sich in der „red lane“ lange Schlangen.[20]

Auch wenn das auf den ersten Blick so erscheinen kann, so ist die Forderung nach „Effizienz“ keineswegs gegen den Diskurs gerichtet, der die Grenzkontrollen legitimiert: ganz im Gegenteil. Das Legitimationsknäuel („Islamismus“, „Schleuser“, „Masseneinwanderung“ etc.) ist zwar fragwürdig, denn der allergrößte Teil von Migrant:innen kommt aktuell vor dem Hintergrund geopolitischer Verwerfungen seit dem Beginn des Kriegs von Russland gegen die Ukraine oder im Rahmen der Arbeitnehmer:innenfreizügigkeit nach Deutschland.[21] Und selbst die polizeiliche Bilanz der Grenzkontrollen ist kaum dazu geeignet, dieses Bild zu korrigieren: So nimmt sich allein schon gegenüber der Zahl der Migrant:innen, die legal im Rahmen der EU-Richtlinie über den vorübergehenden Schutz und der damit verbundenen Visumsfreiheit einreisen, die kolportierte Zahl der im Rahmen der Kontrollen aufgedeckten illegalisierten Grenzübertritte jämmerlich aus.[22] Ob jene Kontrollen nur den leisesten Fortschritt für die Abwehr von schrecklichen Anschlägen wie in Solingen (oder gar zuletzt in Magdeburg) bieten, ist im Grunde totales Anathema. Egal,

[20] Unklar (und ein Gegenstand unserer aktuellen Forschung) ist, inwiefern diese Maßnahme EU-Migrant:innen faktisch behindert. Abgesehen von der Kritik von Grenzpendler:innen und grenznahen Kommunen finden wir dazu aktuell in Arbeiter:inneninterviews (noch?) wenig Hinweise. Es scheint ein pragmatischer Umgang mit den notwendigen Grenzübergängen vorzuherrschen, während Kontrollen seit der Pandemie ohnehin zu einer regelmäßigen Erfahrung geworden sind. Dies kann allerdings nur als vorläufige Einschätzung gelten.

[21] Die Zahlen, die in Bezug auf illegale Einreisen genannt werden, sind im Vergleich zur Gesamtzahl der Einreisenden de facto sehr gering. Zudem ist bereits im Laufe des Jahres 2024 die Migration nach Deutschland im Jahresvergleich ohnehin deutlich zurückgegangen, was nun kaum auf die Grenzkontrollen oder die anvisierte Abschiebewelle zurückgeführt werden kann: Mediendienst Integration, Wer kommt? Wer geht? Daten zur Einwanderung nach Deutschland, 2024, [https://mediendienst-integration.de/migration/wer-kommt-wer-geht.html].

[22] Seit der Einführung der Kontrollen wurden an allen Außengrenzen zusammen nach Auskunft der Behörden ca. 50.000 Menschen abgewiesen. Für rund 1,6 Millionen Menschen wurden bspw. 2023 Visa erteilt.

was es bewirkt: Hauptsache scheint zu sein, dass die Grenzer „effektiv“ zuschlagen. So bleiben die Forderung nach „Effizienz“ und „Sicherheit“ massenwirksam, und zwar gerade indem der Rassismus sich *zugleich* verwertungsbezogen wandelt und sicherheitspolitisch überdreht.[23] Die Stellungnahmen der Wirtschaftsverbände nutzen den Rückenwind dieser Massenwirksamkeit derzeit, um Effizienz mit einer auf die Arbeitskraftzufuhr bezogenen *sortierenden Wirkung* der Grenzen einzuklagen.[24]

Nützlichkeit oder Bürgerrechte?

Wie steht es also insgesamt aktuell um das Argument der „nützlichen Migration“? In der Tat läuft das Spektakel – jedenfalls, was den politischen Mainstream betrifft – heute gerade darauf hinaus, jene Nützlichkeit *erst zu etablieren*. Die Sortierungsfunktion der Grenzen ist aus dieser Sicht zugleich eine Art Arbeitsmarktsteuerung, wobei „differentielle Inklusion“ nicht immer gleich sein kann, sondern flexibel auf aktuelle gesellschaftliche und ökonomische Gegebenheiten zu reagieren habe.

Das heißt aber auch: Mit Appellen an die Durchsetzung der freien Marktwirtschaft kann das neue Kontrollregime definitiv nicht gestoppt werden. Und selbst dort, wo Grenzkontrollen Warnungen von Logistik- und anderen Wirtschaftsverbänden provozieren, dass durch sie hohe Kosten entstehen könnten, sind diese gegenwärtig nicht gegen Grenzkontrollen insgesamt gerichtet, sondern wesentlich gegen eine Behinderung des Warenverkehrs. Theoretisch kann man die Si-

[23] Insofern ist dieser Text eine Art Déjà-vu einer früheren Debatte in dieser Zeitschrift: Sebastian Muy kritisierte damals die Einseitigkeit in der These, dass ein „verwertungsorientiertes Migrationsregime“ nahe, und betonte die Eigenlogik rassistischer Argumente. Wir sagen, dass sich heute leider zeigt, dass die beiden Momente gut vereinbar sein können. Sebastian Muy, Verwertung ≤ Entrechtung. Ein Blick auf die Debatte um Migration und Arbeit in Sozial.Geschichte Online nach dem „Migrationspaket“ vom 7. Juni 2019, Sozial.Geschichte Online, 26 (2020), [https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00071714].

[24] Dabei wird fälschlicherweise angenommen, dass diese Sortierung früher einmal effektiv gewesen sei: Manuela Bojadžijev, Die windige Internationale, Münster 2008, 34 f.

tuation eher so auffassen, dass sich in dieser Argumentation ein innerer Zusammenhang zwischen „Gebrauchen", „Vernutzen" und „Abwehr" migrantischer Arbeit zeigt. Diese Triade ist aber der Logik des Rassismus eingeschrieben, die auch dann, wenn sie anderen Formationslogiken und Hegemoniesetzungen folgt als derzeit, stets und immer dadurch herrschte, dass sie vermeintlich positive und abwertende Zuschreibungen und vermeintliche Eigenschaften im rassifizierenden Sprechakt kreativ kombiniert.[25] Wenn man sich fragt, warum migrantische Arbeiter:innen massiv abgewertet werden können (in Bezug auf Löhne und Arbeitsbedingungen, aber auch in Bezug auf gesellschaftliche Sichtbarkeit und Anerkennung), während man doch gleichzeitig von ihnen abhängig ist, dann ist dies gerade ein Ausdruck jener Logik.

Das heißt freilich nicht, dass der aktuell dominante gesellschaftliche Rassismus auf dieser Grundlage vereinheitlicht wird. Man muss sich den Prozess wohl eher wie das Zittern der Nadel in einem Magnetfeld vorstellen. Es gibt unterschiedliche Dimensionen des gesellschaftlichen Phänomens der Abwertung / Inwertsetzung. Innerhalb dieser unterschiedlichen Dimensionen gibt es einen Konsens (einen hegemonialen Aspekt), wie aktuell zum Beispiel in Bezug auf Binnengrenzkontrollen und Migrationsabwehr. Dennoch gibt es auch Differenzierungen, die diesem Konsens unterlegt sind, und die ihn brechen, aber auch dynamisieren können. So fordern etwa aktuell die Wirtschaftsverbände keineswegs Arbeitsverbote (wie die AfD), sondern

[25] So argumentiert auf das Gastarbeiterregime bezogen und sehr prägnant Veronika Kourabas, Die Anderen ge-brauchen. Eine rassismustheoretische Analyse von ‚Gastarbeit' im migrationsgesellschaftlichen Deutschland, Bielefeld 2019. Das Argument ist hier auch gegen eine sehr verbreitete, aber aus unserer Sicht zu einfache Rezeption des Spannungsbogens zwischen Rassismus und kapitalistischer Verwertung gerichtet, wie sie etwa in Formulierungen bei Wallerstein aus den 1980er Jahren nahegelegt werden, der in einem für Theorien zum Rassismus extrem wichtigen Gespräch mit Étienne Balibar eher eine Polarität nahelegt, in dem soziale Herrschaft zwischen Verwertung und Ausgrenzung „pendelt", während wir hier die Frage aufwerfen, ob der „flexible" Rassismus nicht eher als Dynamik wie im Sinne des Vorschlags von Veronika Kourabas verstanden werden muss. Vgl. Étienne Balibar / Immanuel Wallerstein, Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg 1990, Kapitel 1 und 2.

vor allem die Auslese „geeigneter“ Arbeitskräfte (wogegen die AfD andererseits prinzipiell ja auch nichts einzuwenden hat).[26]

Nun ist es aber bei allen Beschwörungen der sozialtechnischen Neuerungen in den Grenzordnungen keineswegs so, dass sich vor Pirna und Frankfurt an der Oder Migrant:innen wie durch ein Wunder *tatsächlich* in Arbeitskräfte verwandeln. Die Arbeit wird sich vielmehr nicht so leicht auslagern lassen, die darin besteht, Produktionswissen und Dienstleistungen aufzubauen und zu der auch die Anerkennung der Qualifikation und die Qualifizierung von Beschäftigten gehört, die neu in Deutschland ankommen. Grenzkontrollen können diese Arbeit des Ankommens niemals ersetzen, denn es ist noch kein einziger Mensch jemals einfach nur „fertig“ an einem Arbeitsplatz angekommen. Auch das 2023 eingeführte Punktesystem hat dies gezeigt, indem es bislang – wie kaum anders zu erwarten –völlig unzureichend bleibt, um den Arbeitskräftemangel zu beheben.[27]

Insgesamt ist die neuerdings dominante Vorstellung, dass Grenzkontrollen und Abschiebungen Kapitalinteressen nicht tangieren (solange die Just-in-time-Logistik an der Grenze über die „green lane“ fahren kann), möglicherweise zwei Dynamiken geschuldet: Erstens sind Kapitalinteressen fragmentiert und zweitens sind sie nicht auf eine Zukunft gerichtet, in der die Produktion von Gebrauchswerten und sozialer Infrastruktur notwendig ist. Die aktuellen Kommentare zu den Grenzschließungen zeigen genau diese selektive Position: Nach uns die Sintflut! Und es ist schließlich bemerkenswert, wie in diesem Kontext *arbeitspolitisch* argumentiert wird. Hier erscheint als einzige

[26] Die AfD hat sich in Bezug auf die aktuelle Debatte vor allem mit der Feststellung positioniert, man habe „das alles schon immer gesagt“ und man sei „schon immer für Zurückweisungen an den Grenzen“ gewesen: Deutscher Bundestag, Gesetzentwürfe zur Umsetzung des „Sicherheitspakets“ angenommen, Berlin 2024, [https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw42-de-drittstaatenangehoerige-1023860]. Gleichzeitig liegt vorläufig noch ein Bruchpunkt zwischen den Rechtsparteien darin, dass die AfD zugleich die erhebliche Ausweitung von Arbeitsverboten fordert.

[27] Zu den kanadischen Migrationsparadigmen siehe Catherine Bryan / Termitope Abiagom, Einwanderungspolitik, Arbeitsmarktintegration und die Grenzen der Canadian Experience, in: Anne Lisa Carstensen / Peter Birke / Nikolai Huke /Lisa Riedner (Hg.), Geteilte Arbeitswelten. Konflikte um Migration und Arbeit, Weinheim 2024, S. 80–100.

Alternative zur Migration (in einer Zeit, in der alle diesbezüglichen Daten genau auf das Gegenteil, nämlich eine grassierende Überlastung von Erwerbstätigen hinweisen), „mal mehr zu arbeiten". Oder mit anderen Worten, die Arbeitsbedingungen für *alle Beschäftigten* weiter zu verschlechtern, damit sich die Arbeit für das Kapital „wieder lohnt." So erklärte der Chef der Arbeitgeber in der Metall- und Elektroindustrie anlässlich der Durchsetzung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes vor etwas mehr als einem Jahr, dass man nicht nur Fach-, sondern Arbeitskräfte aller Art benötige. Und deshalb: „Es könnte auch nichts schaden, wenn wir vorübergehend zwei Stunden mehr pro Woche arbeiten."[28]

Heute mag, mit der Perspektive auf eine neoliberale Renaissance unter einem Kanzler Merz, diese Aussage wie eine Drohung erscheinen. Eine Drohung, die durchaus das Potenzial hat, dass sich Migrationsabwehr, Selektion an den Grenzen und Forderung nach einer Verschlechterung der Bedingungen des großen „Wir" (nämlich für alle Erwerbstätigen) schnell verbinden lassen. Jedenfalls lässt sich auch jenseits von düsteren Prognosen bereits heute feststellen, dass ein Arrangement zwischen Wirtschaftsverbänden, Fraktionen des Kapitals und einer (extrem) rechten Arbeitsmarkt- und Grenzpolitik unter der Fahne einer ‚effizienten' Migrationsabwehr bei gleichzeitiger Senkung der Arbeitskosten vor diesem Hintergrund – trotz der aktuell noch bestehenden Dissonanzen zwischen Kapital und AfD in Bezug auf Arbeitsverbote – keineswegs ausgeschlossen ist.

Der innere Konflikt, der zwischen der Logik von Migrationsabwehr und der Logik der Arbeitskraftnachfrage besteht, könnte angesichts der Verselbstständigung der Debatte, nicht nur in der Bundesrepublik, bald auf einen Kulminationspunkt hinsteuern. Wenn weder der angewandte Tausch- noch der Gebrauchswert migrantischer Arbeiter:innen als Grund gelten, Menschenrechte an der Grenze sowie Bürger:innen- und Arbeitsrechte beim Ankommen zu reklamieren,

[28] Tagesschau, Verbandschef zu Fachkräftemangel: „Zwei Stunden mehr Arbeit können nicht schaden", 19.6.2023, [https://www.tagesschau.de/inland/fachkraefte-144.html].

dann muss man wohl damit rechnen, dass der sozialen Infrastruktur großer Schaden zugefügt werden könnte. Dies verstärkt sich, zumal in sowohl Pflege als auch in vielen anderen systemwichtigen Tätigkeiten aktuell und in den nächsten Jahren hunderttausende Beschäftigte fehlen. Als kleiner Vorgeschmack kann die im Herbst 2024 erfolgte oder drohende Schließung einiger Altenheime in Hamburg und Niedersachsen gelten – in denen Pfleger:innen gearbeitet haben, die man in vermeintlich „sichere Drittstaaten" abschieben wollte.[29] Diese und andere Abschiebungen sind es, die in den vergangenen Jahren immer wieder für Skandale und Proteste sorgten. Aber in *diesen* Protesten gegen Abschiebungen geht es *nicht* um die *Effizienz der Migrationspolitik* à la BDA, sondern um die *Aufrechterhaltung der Grundversorgung*. Und für eine antirassistische Politik hieße der Bezug auf solche Kämpfe, den Blick nicht nur auf die Grenzordnungen zu richten (also auf Einreisen und Abschiebungen), sondern auch auf die Gesellschaften des Ankommens und die sozialen Kämpfe, die dort stattfinden.[30]

Der Kampf für soziale Rechte für alle in diesem Land lebenden Menschen und für eine humanitär orientierte Aufnahme von Geflüchteten muss insofern mit dem Kampf um die sozialen Infrastrukturen verbunden werden. Einen Bruch mit dem rassistischen Prinzip kann es nur auf der Grundlage von sozialen Kämpfen geben, die das Recht

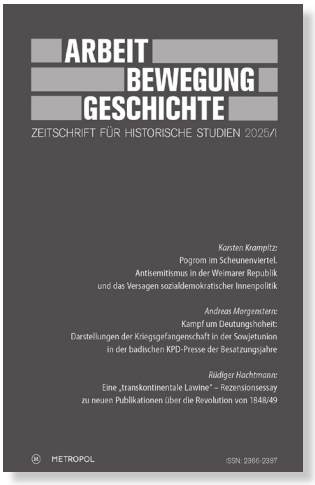
[29] Im Dezember 2024 löste das Vorhaben, acht Pflegehelfer nach Kolumbien abzuschieben, in einem niedersächsischen Pflegeheim in Wilstedt große Unruhe aus. Vor Ort wurden 50.000 Protestunterschriften gesammelt, für eine Kleinstadt eine beachtliche Zahl, die Presse schaltete sich bundesweit ein, sogar Minister Lauterbach „wollte sich für die kolumbianischen Pflegekräfte" einsetzen. ND. Der Tag, Acht Pflegekräfte von Abschiebung bedroht, 21.11.2024, [https://www.nd-aktuell.de/artikel/1186955.abschiebungen-acht-pflegekraefte-von-abschiebung-bedroht.html]; NDR, Ausbildungsplätze für Pflegehelfer sollen Abschiebung verhindern, 18.12.2024, [https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg_ostfriesland/Ausbildungsplaetze-fuer-Pflegehelfer-in-Wilstedt-sollen-Abschiebung-verhindern,wilstedt114.html]. Der „Fall" ist nur ein Prototyp für vergleichbare Situationen, die seit einigen Jahren bereits alle paar Monate durch die Presse geistern.

[30] Diese Aussage gilt nicht nur im deutschen Kontext: Denn man darf zudem gespannt sein, wie in den USA die soziale Infrastruktur und die private Dienstleistungsbranche aufrechterhalten werden soll, wenn Trump seine Abschiebedrohungen wahrmacht.

auf Asyl und Mobilität mit dem Kampf um soziale Rechte, die Einhaltung sozialer Mindestbedingungen und grundlegenden Rechten in der Erwerbsarbeit verbinden. Das aber ist unseres Erachtens in der Tat das ganze Gegenteil von einem Argument, das darauf abzielt, an die Nützlichkeit von Arbeitskräften für „unsere Wirtschaft" zu appellieren. Nützlichkeit, Instrumentalität, Sortierung, Klassifizierung, Rassismus und Grenzschließungen sind kein Widerspruch. Neuerdings wird genau dies sowohl in der Debatte deutlich, die, wie CSU-Chef Söder, den weiteren Aufenthalt syrischer Geflüchteter in Bälde daran knüpfen möchte, „ob sie hier arbeiten", während zugleich das Argument der österreichischen Koalitionäre interessant ist, dass FPÖ und ÖVP genau die gleichen ökonomischen Politiken verfolgten (nämlich in einer Verbindung neoliberaler und rassistischer Argumentationsmuster).

Es zeigt sich, dass die Frage nach der „Nützlichkeit" von Migrant:innen keineswegs einer rassistischen Pragmatik widerspricht, und schon gar nicht in den Augen jener Pragmatiker:innen. Dass am ersten Tag ohne Migrant:innen das gesellschaftliche Leben und die soziale Infrastruktur sofort zusammenbrechen würde, ist demgegenüber eine ganz andere Sache.[31]

[31] Wie in dem Film „A day without Mexicans" von Sergio Arau (2004). Teaser zum Film: „Am 14. Mai wachten die Kalifornier auf und irgendetwas stimmte nicht. Gegen Mittag schien für die meisten das Ende der Welt gekommen zu sein. Was war geschehen? Ihre ‚geliebten' Mexikaner hatten sie über Nacht verlassen. Wie zum Teufel bedient man die Kaffeemaschine, wer kocht das Essen, macht die Wäsche? Sollen wir denn im Dreck ersticken? Kalifornien ist physisch, psychisch und moralisch am Ende!", [https://www.moviepilot.de/movies/ein-tag-ohne-mexikaner].



ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE

widmet sich der Geschichte von Arbeit und Arbeiterbewegungen von der Global Labour History bis hin zur Regional- und Alltagsgeschichte, vom Frühsozialismus bis zur Neuen Linken. Soziale Bewegungen, Arbeiterparteien und Gewerkschaften sind ebenso Thema wie (proletarische) Frauenbewegung und die Geschichte des Staatssozialismus.

Ein umfangreicher Rezensionsteil sowie Tagungsberichte runden jedes Heft ab.

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai und September) im Metropol Verlag Berlin. ISSN: 2366-2387 • Einzelheft: 14 € zzgl. Porto • Jahresabonnement (3 Hefte): 39 € (Ausland 49 €) einschl. Porto • Bestellungen an den Metropol Verlag: veitl@metropol-verlag.de • www.metropol-verlag.de

www.arbeit-bewegung-geschichte.de

Ⓜ METROPOL

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

Offen im Denken

ub | universitäts bibliothek

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.17185/duepublico/83751
URN: urn:nbn:de:hbz:465-20250613-130551-0

Erschienen in: Sozial.Geschichte Online 8 (2025), S. 177-194

Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 3.0 Lizenz (CC BY-NC-ND 3.0) genutzt werden.